

Wird diese Mail nicht richtig angezeigt? Dann klicken Sie hier.



Haus & Grund[®]
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.

Mit Rat und Tat für Ihr Eigentum
Hauseigentümer · Wohnungseigentümer
Vermieter · Kauf- und Bauwillige

Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg Newsletter n° 03/2022 | 25.11.2022

INHALT

VEREINSNACHRICHTEN

[Vermieter gesucht! – Für General-Anzeiger Reportage](#)

SERVICE

[Radikale Gehölzschnitte ab 1. März verboten](#)

[AK Grünes Mackeviertel: Infoabend zur Fassadenbegrünung](#)

POLITIK

[Rasant steigende Energiepreise verteuern das Wohnen: Haus & Grund: Mietenwahnsinn gibt es nicht](#)

[Lasten der Energiewende nicht bei Vermietern abladen: Bürger durch Klimageld entlasten](#)

[Jessica Rosenthal, MdB: „Fast 3.000 Bonner Haushalte profitieren vom Heizkostenzuschuss“](#)

VEREINSNACHRICHTEN

Vermieter gesucht! – Für General-Anzeiger Reportage

Der Bonner General-Anzeiger sucht private Vermieterinnen und Vermieter,

die aus ihrer Sicht das Vermieterdasein schildern möchten. Welche Erlebnisse haben Sie gemacht, positive wie auch negative? Welche Kriterien sind für Sie bei der Mieterauswahl im Rahmen einer Neuvermietung maßgeblich? Werden dabei Makler eingeschaltet? Was ist das Geheimnis eines langjährigen und ruhigen Mietverhältnisses? Wie pfleglich gehen Mieter mit der Wohnung um? Wird die Miete regelmäßig erhöht? Wie werden öffentliche Diskussionen z. B. im Rahmen der Begrenzung von Mieterhöhungsmöglichkeiten, CO2-Umlage, Mietpreisbremse oder Einschränkung von Kündigungsrechten wahrgenommen? Macht das Vermieten noch Spaß, oder denken Sie über den Verkauf Ihrer Immobilie nach - und falls ja: warum?

Haben Sie das Gefühl, dass die politischen Entscheidungsträger die Bedürfnisse der privaten Vermieter ausreichend berücksichtigt? Dies und noch viel mehr interessiert die Redaktion des GA. Haus & Grund-Mitglieder, die ihre Sicht der Dinge erzählen möchten, werden gebeten, sich kurzfristig mit Hauptgeschäftsführer Markus Gelderblom in Verbindung zu setzen (0228/96 92 670; mgelderblom@hug-bonn.de). Wir stellen den Kontakt zur Redaktion des GA her und sind sehr gespannt auf Ihre Berichte!

[Zur Inhaltsübersicht](#)



Radikale Gehölzschnitte ab 1. März verboten

Auch in diesem Jahr müssen die Scheren für radikale Schnitte von März bis September ruhen. Ab 1. März 2022 dürfen Bäume sowie Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze nicht abgeschnitten oder bis auf wenige Triebe zurückgeschnitten werden. Laut Bundesnaturschutzgesetz, Paragraph 39, Absatz 5, erfasst das Verbot keine Bäume im Wald, auf Schnellwuchsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen. Das Verbot gilt bis zum 30. September.

Mit der Vorschrift soll das Blühangebot für Insekten während des Sommerhalbjahres sichergestellt und diejenigen Vogelarten geschützt werden, die in Hecken und Gebüschen nisten. Viele dieser natürlichen Brutstätten sind in den vergangenen Jahren durch veränderte Anbaumethoden in der Landwirtschaft verloren gegangen. Umso wichtiger ist es daher, die noch verbliebenen Nistplätze in privaten Gärten zu erhalten, zumal dort auch andere Kleintiere idealen Unterschlupf finden. Durch Radikalschnitte würde den Tieren die Lebensgrundlage entzogen. Mit der Regelung soll auch verhindert werden, dass Vögel während ihrer Brutzeit gestört werden und sie ihre Gelege verlassen.

Erlaubt sind schonende Form- und Pflegeschnitte.

[Zur Inhaltsübersicht](#)

AK Grünes Mackeviertel: Infoabend zur Fassadenbegrünung



Die Stadt Bonn unterstützt Grüninitiativen an Gebäuden und Grundstücken.

Foto: Bundesstadt Bonn

Am Dienstag, 22. Februar, 20 Uhr spricht Sandra Ehrmann über das Thema Gebäudebegrünung.

Sie beschäftigt sich seit längerer Zeit mit den Umsetzungsmöglichkeiten und Vorteilen von grünen Dächern und Fassaden und hat auch ihre Masterarbeit über dieses Thema geschrieben. Sie sagt, Fassadenbegrünung beginnt schon mit einem Pflanzentopf auf dem Balkon und will uns Mut machen, einfach zu beginnen.

Die Veranstaltung des AK Grünes Mackeviertel findet per Zoom statt. Nachfragen können Interessierte gerne unter: 0152 26940048.

Hier ist der Link:

Zoom-Meeting beitreten:

[https://us02web.zoom.us](https://us02web.zoom.us/j/88419713164?pwd=YjY3SnpnUmR3Q0orQVZmYVU0Z3ZCQT09)

[/j/88419713164?pwd=YjY3SnpnUmR3Q0orQVZmYVU0Z3ZCQT09](https://us02web.zoom.us/j/88419713164?pwd=YjY3SnpnUmR3Q0orQVZmYVU0Z3ZCQT09)

Meeting-ID: 884 1971 3164

Kenncode: 347252

[Zur Inhaltsübersicht](#)

Rasant steigende Energiepreise verteuern das Wohnen: Haus & Grund: Mietenwahnsinn gibt es nicht

Im Januar sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Energiepreise für private Haushalte im Vergleich zum Vorjahresmonat um 20,5 Prozent gestiegen. „Damit steigen auch die Kosten des Wohnens für Selbstnutzer und Mieter beunruhigend rasant. Die neue Bundesregierung

muss jetzt ihren Fokus dringend auf die Energiepreise richten und Abhilfe schaffen“, forderte Haus & Grund-Präsident Kai Warnecke.

Das Statistische Bundesamt gab ebenso bekannt, dass die Nettokaltmieten in Deutschland im Januar um 1,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen sind. Das ist der gleiche Wert wie in den drei vorangegangenen Monaten. „Den oft von interessierten Kreisen beschworenen Mietenwahnsinn gibt es nicht“, stellte Warnecke fest.

[Zur Inhaltsübersicht](#)



Lasten der Energiewende nicht bei Vermietern abladen: Bürger durch Klimageld entlasten

Haus & Grund warnte die Ampel-Koalition heute davor, die vollständige Umlagefähigkeit des CO₂-Preises auf die Mieter zum 1. Juni zu beenden. Die Politik habe sich entschieden, den CO₂-Preis einzuführen, ohne die Einnahmen in Form eines Klimageldes zurückzugeben. „Diese Fehlentscheidung jetzt zugunsten der Mieter und zulasten der Vermieter korrigieren zu wollen, ist nicht nur unverschämt, sondern klima- und sozialpolitisch ein Irrweg“, sagte Verbandspräsident Kai Warnecke. Sollte die Bundesregierung den Vermietern die CO₂-Kosten ganz oder teilweise aufbürden, werde Haus & Grund eine Verfassungsbeschwerde prüfen.

Wenn die Bundesregierung die Bürger entlasten wolle, sei ein auch von führenden Klimaökonomien favorisiertes Klimageld die beste Form. Dadurch würden auch Selbstnutzer entlastet. In der Übergangsphase könne die Bundesregierung den CO₂-Preis auf Heizenergie aussetzen. „Ein für jeden Bürger gleich hohes Klimageld ist für die Akzeptanz der Energiewende enorm wichtig, weil es Einkommensschwache stärker entlastet als Einkommensstarke. Es ist zudem unabhängig vom Mieter-Vermieter-Status, der nichts über die Leistbarkeit höherer Energiepreise aussagt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Regierung dieses Instrument nicht nutzt“, erläuterte Warnecke.

[Zur Inhaltsübersicht](#)



Jessica Rosenthal, MdB: „Fast 3.000 Bonner Haushalte profitieren vom Heizkostenzuschuss“

BONN. Die steigenden Energiepreise bemerken viele Bonnerinnen und Bonner aktuell auch im eigenen Portemonnaie bei den Heizkosten. Dabei leiden gerade Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark, da sie prozentual den höchsten Anteil ihres Einkommens für Heizkosten ausgeben.

Um dem zu begegnen, hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf von Bau- und „Bonn“-Ministerin Klara Geywitz (SPD) auf den Weg gebracht, der einen einmaligen Zuschuss zu den Heizkosten für Menschen vorsieht, die Wohngeld beziehen. Damit soll die finanzielle Belastung durch die steigenden Energiepreise aufgefangen werden. In Bonn sind davon fast 3000 Haushalte betroffen.

[Zur Inhaltsübersicht](#)

Folgen Sie uns | 

[Newsletter abbestellen](#)

Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein Bonn/Rhein-Sieg e. V. |
Vorsitzender: Dirk Vianden | Hauptgeschäftsführer: Rechtsanwalt Markus Gelderblom
Oxfordstr. 2, 53111 Bonn | Amtsgericht Bonn VR 1988 | [Impressum](#) | Copyright © Haus-,
Wohnungs- und Grundeigentümergeverein Bonn/Rhein-Sieg e. V.